

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr.198
der Abgeordneten Kerstin Kircheis
Fraktion der SPD
Landtagsdrucksache 5/529

„Austausch mit dem Bundesministerium für Justiz über die Arbeit des Redaktionsstabes Rechtssprache“

Wortlaut der Kleinen Anfrage Nr. 198 vom 05.03.2010:

„Aufgrund der Initiative des Sonderausschusses zur Überprüfung von Normen und Standards (SANS) wurden innerhalb der Landesregierung zwei Projekte zum Thema Amtssprache entwickelt und durchgeführt. Das Projekt des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie „Bürger- und wirtschaftsfreundliche Verwaltung - moderne Amtssprache“ wurde im Landesamt für Arbeitsschutz angesiedelt. Im Rahmen des Projektes wurde ein Leitfaden erarbeitet und allen Beschäftigten zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wurden Formulare und Anträge sowie Fahrpersonalschreiben hinsichtlich einer bürgerfreundlichen Verwaltungssprache überarbeitet und in www.service.brandenburg.de eingestellt. Das Projekt im Geschäftsbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur zur Verbesserung der Amtssprache der Denkmalschutzbehörden führte zur Entwicklung eines Leitfadens für den Bereich der Denkmalpflege, der den Denkmalschutzbehörden eine Handreichung gibt, bürgernah und serviceorientiert zu formulieren. In dem Leitfaden sind Kriterien zur Textgestaltung beschrieben und Beispiele aus der Praxis erläutert. Die Erkenntnisse aus den beiden Projekten und die Erfahrungen der Kommunen, der Bundesebene und von Spezialisten sollen zusammengeführt und in die Breite getragen werden. Die Leitstelle für Bürokratieabbau in der Staatskanzlei hat unter anderem Gespräche mit der Gesellschaft für deutsche Sprache geführt, die durch ihre Zusammenarbeit mit der Bundesregierung bereits wertvolle Erfahrungen gesammelt hat.

Mit dem Bundesministerium für Justiz sollte Mitte Juli 2009 ein Austausch über die Arbeit des Redaktionsstabes Rechtssprache erfolgen. Die Landesregierung wollte dem Landtag über die Erkenntnisse berichten.

Datum des Eingangs: 01.04.2010 / Ausgegeben: 06.04.2010

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Fanden die Austauschgespräche mit dem Bundesministerium für Justiz im Juli 2009 statt?
2. Welche Erkenntnisse haben sich aus den Austauschgesprächen ergeben?
3. Plant die Landesregierung weitere Projekte zum Thema bürgerfreundliche Verwaltungssprache?“

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister des Innern die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1: Fanden die Austauschgespräche mit dem Bundesministerium für Justiz im Juli 2009 statt?

Zu Frage 1: Das Gespräch mit dem Bundesministerium für Justiz über die Arbeit des Redaktionsstabes Rechtssprache hat am 7. September 2009 in der Staatskanzlei unter Beteiligung zahlreicher Ressorts stattgefunden.

Frage 2: Welche Erkenntnisse haben sich aus den Austauschgesprächen ergeben?

Zu Frage 2: Der Redaktionsstab Rechtssprache im BMJ ist das Ergebnis des zweijährigen Erprobungsprojekts „Verständliche Sprache“, das auf eine koalitionsübergreifende parlamentarische Initiative aus 2006 zurückgeht. Er besteht aus dem Sprachbüro des BMJ und dem Redaktionsstab Rechtssprache der Gesellschaft für Deutsche Sprache (GfdS) und ist mit Sprachwissenschaftlern besetzt. Die Aufgabe des Redaktionsstabes Rechtssprache im BMJ ist es, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aller Bundesministerien bei der Formulierung von Rechtsvorschriften fachkundig zu beraten und Gesetzes- und Verordnungsentwürfe auf Systematik, Einheitlichkeit und Verständlichkeit zu prüfen. Daneben gibt es den Redaktionsstab der GfdS beim Deutschen Bundestag, der Gesetze ausschließlich in der parlamentarischen Phase sprachlich begleitet.

Frage 3: Plant die Landesregierung weitere Projekte zum Thema bürgerfreundliche Verwaltungssprache?

Zu Frage 3: Die Leitstelle für Bürokratieabbau wird die Ergebnisse der geführten Gespräche zusammenführen und diese sowie Aktivitäten, die als Praxisvorbilder dienen können, auf der Internetseite www.buerokratieabbau.brandenburg.de zur Verfügung stellen. Weitere Projekte - wie die im Landesamt für Arbeitsschutz und im Geschäftsbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur bereits durchgeführten - sind zurzeit nicht vorgesehen.